



PRESSEMITTEILUNG

Mannheim, den 21. Juli 2015

Elternwahlrecht stärken – Ausbau von Ganztagsgrundschulen

Nachdem der Vorschlag der Stadtverwaltung für ein Rahmenkonzept Ganztagsschule am 20. Mai im Bildungsausschuss und im Schulbeirat mehrheitlich abgelehnt wurde, hat die CDU-Gemeinderatsfraktion nun einen Antrag eingebracht, der die vorgebrachten Einwände noch einmal aufgreift und einen Kompromissvorschlag unterbreitet.

„Ganztagsschulen können nur erfolgreich eingeführt werden, wenn sie auch von allen Beteiligten gewünscht werden“, so Stadträtin Rebekka Schmitt-Illert, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion. „Aus Gesprächen wissen wir aber, dass viele Mannheimer Grundschulen vor allem deshalb zögerlich auf den Ausbau zur Ganztagsschule reagieren, weil die Eltern die Flexibilität vermissen, die das aktuelle Modell aus Halbtagschule und Schulkindbetreuung ihnen bietet.“ Würde der Vorschlag der Stadtverwaltung mit der theoretisch möglichen knappen Mehrheit im Gemeinderat gegen das Votum des Bildungsausschusses und des Schulbeirats entschieden, würde dies bei Umsetzung viele Eltern vor die Frage „alles oder nichts“ stellen – also Ganztagsschule bis 16 Uhr an vier Tagen oder Schulschluss täglich um die Mittagszeit, ohne Möglichkeit der Betreuung z. B. bis 14 Uhr oder an weniger als vier Tagen.

„Eine beliebige Flexibilität kann es mit den Regelungen des Schulgesetzes und angesichts knapper Finanzmittel im Zusammenhang mit dem Wegfall der Landesförderung für die Schulkindbetreuung nicht geben“, betont Schmitt-Illert. „Wir schlagen aber vor, den Schulen die Wahl zwischen einem Schulschluss um 15 Uhr und um 16 Uhr zu bieten, was insbesondere mit Blick auf außerschulische Aktivitäten in vielen Stadtteilen mit regem Vereinsleben gewünscht wird.“ Darüber hinaus solle kein Kind von der Schulkindbetreuung ausgeschlossen werden, nur weil sich die Familie an einer Ganztagschule in Wahlform gegen das Ganztagsangebot entscheide.

„Wir wollen die Eltern nicht bevormunden, sondern sie bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags unterstützen. Solange der Besuch von Ganztagschulen durch grün-rote oder rot-grüne Bildungspolitik nicht zur Pflicht wird, werden wir uns als CDU dafür einsetzen, dass für die Eltern auch kein faktischer Zwang durch den Wegfall von Schulkindbetreuung entsteht,“ sagt CDU-Fraktionschef Carsten Südmersen abschließend.